

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132
E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn
Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216
E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

Skandalöses Verhalten der „Linken“: Eklat im Bundestag bei Afghanistan-Debatte

Nicht nur Präsident Lammert fühlte sich einen Moment an Weimarer Verhältnisse erinnert. Was sich heute Morgen im Parlament abspielte, gemahnte die meisten Abgeordneten ebenso wie neutrale Betrachter auf den Zuschauertribünen an die unrühmlichen Phasen der jüngeren deutschen Vergangenheit. Wie weiland die extremen Kräfte am rechten und linken Rand in der ersten deutschen Demokratie verhöhnte die Fraktion „Die Linke“ heute früh parlamentarische Gepflogenheiten durch plakativen Aktionismus. Sie entfaltete während der Debatte über Afghanistan Transparente im Plenum und bezichtigte die Bundeswehr des Mordertums für ihre Beteiligung am Bombenangriff auf Kundus am 4. September 2009.



(Agitprop schlimmster Art: Der Auftritt der „Linken“)

Ausgerechnet die Nachfolger der „Mauermörder-Partei“ (Hallervorden) SED schwangen sich damit zu moralisierenden Zensoren unserer parlamentarischen Armee auf und maßten sich an, die Verlängerung des Afghanistan-Mandats in ein schiefes Licht zu rücken.

Dies zeigt, wes Geistes Kind die „Linke“ noch immer ist und dass ihr „Bekennnis“ zur Parlamentarischen Demokratie weiterhin mit höchster Vorsicht genossen werden sollte.

Die Reaktion von Präsident Lammert (Sitzungsausschluss der Störer, aber Zulassung zur anschließenden Abstimmung) war denn auch mehr als angemessen und fand breite Unterstützung bei den demokratischen Kräften im Parlament.



(Reagierte souverän und zeigte der „Linken“ gekonnt die Grenzen auf: Parlamentsoberhaupt Lammert)

In der eigentlichen Abstimmung über die Mandatsverlängerung fiel das Ergebnis dann ebenfalls eindeutig und parlamentarisch korrekt aus: Mit einer großen Mehrheit von 429 Ja-Stimmen der Koalitionsfraktionen und einer Mehrheit der SPD-Abgeordneten wurde der Antrag der Bundesregierung bei 111 Gegenstimmen und 46 Enthaltungen angenommen.

Das damit erneuerte Mandat für unsere Bundeswehr sieht eine Anhebung der Personalobergrenze um 850 auf 5.350 Soldatinnen und Soldaten vor. Von diesen sind 350 Soldatinnen und Soldaten als flexible Reserve vorgesehen, insbesondere um auf besondere Situationen, zum Beispiel bei der Absicherung der Parlamentswahlen, angemessen reagieren zu können.

Mit dem neuen Mandat, das bis zum 28. Februar 2011 gilt, wird Deutschland seine Anstrengungen für den Aufbau und die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte nachhaltig erhöhen und den Schwerpunkt seines militärischen Engagements künftig noch stärker auf den Schutz der afghanischen Bevölkerung und die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte legen.

Diese Schwerpunktverschiebung wird zu einem wesentlichen Teil durch Neuausrichtung und Umstrukturierung innerhalb des gegenwärtigen Mandatsrahmens vorgenommen werden.



(Unterstützt die Afghanistanpolitik der Regierung als notwendige „Hilfe zur Selbsthilfe“: CDU-MdB Thomas Strobl)

In der letzten Sitzungswoche hat Bundesaußenminister Westerwelle in einer Regierungserklärung noch einmal die Ziele und Schwerpunktsetzung des Freitag, den 26. Februar 2010

deutschen Engagements in Afghanistan erläutert (Berlin aktuell Nr. 6). Dabei hat er deutlich gemacht, dass die Intensität der mit Waffengewalt ausgetragenen Auseinandersetzung mit Aufständischen und deren militärischen Organisationen die Bundesregierung zu der Bewertung führt, die Einsatzsituation von ISAF auch im Norden Afghanistans, also auch im Einsatzgebiet der Bundeswehr, als „bewaffneten Konflikt im Sinne des humanitären Völkerrechts“ zu qualifizieren. Demnach trägt die afghanische Regierung mit Unterstützung von ISAF einen bewaffneten Konflikt mit Aufständischen (Taliban) aus.



(Werden im „bewaffneten Konflikt“ mit den Taliban von der deutschen Politik rückhaltlos unterstützt: Unsere Soldaten in Afghanistan)

Diese Einstufung als „bewaffneter Konflikt“ ist ein wichtiges politisches Signal und dient zugleich unseren Soldatinnen und Soldaten im Einsatz zur Orientierung. Für die Bundesregierung sind für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan damit die Regeln des humanitären Völkerrechts maßgebend – und nicht das deutsche Strafrecht. Aus der Neubewertung der Lage in Afghanistan ergibt sich keine Veränderung der Einsatzgrundlagen der deutschen Polizisten von Bund und Ländern.

AUS DEM PLENUM:

50. Bericht des Wehrbeauftragten

In dieser Woche wurde der 50. Bericht des Wehrbeauftragten im Bundestag debattiert. Der Jahres-

bericht 2008 befasst sich im Schwerpunkt mit der Ausstattung der Truppe und dem Sanitätsdienst.



(Wehrbeauftragter seit 2005: Reinhold Robbe)

Der Wehrbeauftragte nennt zudem Voraussetzungen für eine Verbesserung der Attraktivität der Bundeswehr und des Soldatenberufes. Er bedauert in diesem Zusammenhang, dass der Auftrag der Soldatinnen und Soldaten in der Öffentlichkeit als Selbstverständlichkeit wahrgenommen und dass die soziale Anerkennung des soldatischen Dienstes in der Gesellschaft nicht hinreichend gewürdigt werde.

WEITERE THEMEN DER WOCHE:

- Kulturtourismus in Deutschland stärken
- Mehr Mittel für CO2-Gebäudesanierung

Hintergrundinformationen dazu erhalten Sie auf Wunsch von meinem Berliner Büro unter 030 / 227 72542.

NEWS AUS MEINEM MITARBEITERTEAM:

Mit großer Freude konnte ich diese Woche eine neue Praktikantin in meinem Berliner Büro begrüßen. Sie heißt Nina Schmidt und kommt aus Weimar, der Hauptstadt der Deutschen Klassik im literarischen Bereich. Frau Schmidt studiert im 7. Semester Jura und verfügt über breit gefächerte Interessen. Sie wird mich in den nächsten vier Wochen bei meiner parlamentarischen Arbeit begleiten und mein Berliner Büroteam tatkräftig unterstützen. Ich freue mich schon sehr auf die Zusammenarbeit.



(Derzeit im Paul-Löbe-Haus: Frau Nina Schmidt aus Thüringen)

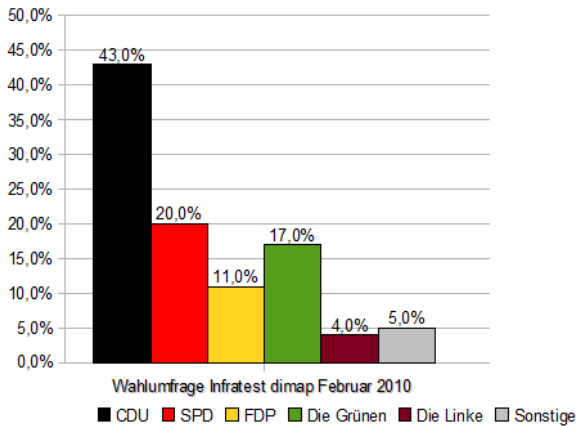
PRESSEMITTEILUNGEN:



Generalsekretär sieht Landes-CDU im Aufwind:

Thomas Strobl zur heutigen Umfrage von SWR und Stuttgarter Zeitung (Mitteilung vom 18.02.2010)

Wahlumfrage - Baden Württemberg
Februar 2010



Zu der heute veröffentlichten Umfrage von SWR und Stuttgarter Zeitung erklärt der Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg, Thomas Strobl MdB:

„Nach den Ergebnissen dieser Umfrage liegt die CDU Baden-Württemberg, im Vergleich zu den gestern veröffentlichten Umfragen von Forsa und Emnid auf Bundesebene, acht Prozentpunkte über dem Bundesschnitt. Das ist ein ziemlich sensationelles Ergebnis für die CDU Baden-Württemberg und den neuen Ministerpräsidenten Stefan Mappus.

Stefan Mappus hat damit offensichtlich auch in den Augen der Bürgerinnen und Bürger einen glänzenden Start hingelegt. Die Geschlossenheit und Entschlossenheit der CDU bei der Stabübergabe von Günther Oettinger auf Stefan Mappus hat den Menschen offensichtlich imponiert.

Die SPD bleibt im 20%-Turm gefangen. Da die andauernde Selbstbeschäftigung der SPD bei den Menschen nicht ankommt, profitieren die Grünen durch ein starkes Umfrageergebnis.“

Erfreulich sei, so Strobl, dass auch nach dem Ergebnis dieser Umfrage extremistische Parteien nicht im Landtag vertreten wären.

Bezüglich der weiteren Fragen in der Untersuchung von infratest dimap zeigt sich nach Auffassung der CDU Baden-Württemberg ein erwartungsgemäß ausgewogenes Ergebnis.

„Dass Stefan Mappus einen guten Start hatte, bestätigt die Umfrage eindrücklich“, sagte Strobl. Insgesamt zeige sich eine gute Ausgangsposition auch für die Landtagswahl im kommenden Jahr.

„Wir gehen die Vorbereitung der Wahl mit großer Zuversicht an. Gleichwohl werden wir jeden Tag in Regierung, Fraktion und Partei hart daran arbeiten, durch gute Politik und gute Kommunikation zu überzeugen und das Bestmögliche für die Menschen in diesem Land zu erreichen“, so der Generalsekretär abschließend.

„Eine starke Mannschaft“:

Generalsekretär Thomas Strobl zur neuen Stuttgarter Regierung (Mitteilung vom 23.02.2010)



Zur Vorstellung des neuen Landeskabinetts durch Ministerpräsident Stefan Mappus MdL erklärt der Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg, Thomas Strobl MdB, heute (23. Februar 2010) in Stuttgart:

„Zunächst gratuliere ich den neuen und alten Kabinettsmitgliedern herzlich zu ihrer Berufung in ihre Ämter und wünsche ihnen für ihre Aufgaben von Herzen alles Gute und Gottes Segen.

Ministerpräsident Mappus hat eine starke Mannschaft aufgestellt, die für Baden-Württemberg eine hervorragende Arbeit leisten wird. Für die CDU Baden-Württemberg bedeutet diese Kabinettsbildung einen starken Aufschlag in Richtung der Landtagswahl 2011:

Wir sind nicht nur inhaltlich, sondern auch personell bestens aufgestellt.“ Schließlich sei die Neubildung des Ministerrates ein „weiterer gelungener Baustein eines bislang absolut perfekt verlaufenen Stabwechsels von Günther Oettinger zu Stefan Mappus“, so Generalsekretär Thomas Strobl.

SCHLUSSWORT:

Liebe Leserinnen und Leser,

Parlamentspräsident Lammert, seines Zeichens promovierter Historiker und damit ein exzellenter Kenner der Irrungen und Wirrungen deutscher Ver-

gangenheit, fand in der heutigen Debatte um Afghanistan genau die richtigen Worte, als es darum ging, den Provokationen der „Linken“ angemessen, aber entschlossen zu begegnen (siehe dazu die erste Seite dieser Ausgabe).



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

(Nicht nur bildlich gilt: Thomas Strobl ist Seit´ an Seit´ mit dem Bundestagspräsidenten)

Prof. Lammert verteidigte damit die Würde des Hauses eloquent und mit vorbildlicher Souveränität. Es ist gut, einen solchen Streiter in demokratischer Sache an der Spitze unseres Parlaments zu haben. Ich möchte deshalb ans Ende meines heutigen Schlussworts ein Zitat stellen, das aus Norbert Lammerts heutiger Rede stammt und das es wert ist, Wort für Wort gelesen zu werden:

«Im Deutschen Bundestag hat es in allen Legislaturperioden völlig unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen immer einen Konsens darüber gegeben, dass die Regeln dieses Hauses ausnahmslos für alle gelten. Und wir haben die Unverzichtbarkeit der strikten Einhaltung dieser Regel auch im Bewusstsein der historischen Erfahrung für unabdingbar gehalten, dass ein deutsches Parlament an dem leichtfertigen Umgang mit den selbst gesetzten Regeln bereits einmal gescheitert ist.»

(Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) am 26.2. zum Ausschluss der Linksfraktion von der Sitzung)

Damit verbleibe ich bis zur nächsten Ausgabe von „Berlin aktuell“

herzlichst

Her Thomas Strobl.